

Präsidialmail EDU Kanton St. Gallen Mai 2023

Liebe Freunde und Mitglieder der EDU Kanton St. Gallen

Geschätzte Medienschaffende

Diesmal lässt sich ein ausführlicheres Präsidialmail nicht vermeiden und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Besonders die nationalen Abstimmungsthemen bedingen eine vertiefte Auseinandersetzung jenseits des Mainstreams.

Am 18. Juni stimmen wir über drei kantonale und drei nationale Vorlagen ab. Der Vorstand der EDU Kanton St. Gallen gibt folgende Parolen ab:

Kantonale Vorlagen:

- 1. Kantonsratsbeschluss über die Erhöhung des Eigenkapitals der Spitalregion Rheintal Werdenberg Sarganserland in Form einer Umwandlung von Kontokorrent-Darlehen **Ja****
- 2. Kantonsratsbeschluss über die Erhöhung des Eigenkapitals des Spitals Linth in Form einer Umwandlung von Kontokorrent- Darlehen und eines Betriebsdarlehens **Ja****
- 3. Kantonsratsbeschluss über die Darlehensgewährung an die Spitalregion Rheintal Werdenberg Sarganserland für verschiedene Bauvorhaben am Standort Grabs **Ja****

Die ersten beiden Vorlagen waren im Kantonsrat unbestritten und die dritte für den Ausbau des Spitals Grabs fand mehrheitlich Zustimmung. Ohne die Erhöhung des Eigenkapitals wären die Spitäler innert Kürze zahlungsunfähig, weil sie bisher nicht kostendeckend arbeiten konnten. Die Spitalverbunde erwarten, dass sich die Eigenkapitalquoten frühestens im Jahr 2027 stabilisieren oder sogar steigen.

Zwänge

Das Gesundheitswesen ist gefangen in einem kranken System. Trotzdem können wir nicht zuschauen, wie die Spitäler zahlungsunfähig werden. Im Spital Grabs braucht es einen Ausbau wegen der Schliessung des Spitals in Altstätten analog den Folgen für das Spital Wil wegen der Schliessung des stationären Angebots im Spital in Wattwil. Die vier Spitalverbunde sollen ab dem Jahr 2026 im Durchschnitt eine Eigenkapitalquote von 23 Prozent haben. Sie brauchen dafür zusammen 163 Mio. Franken zusätzliches Eigenkapital.

Der Vorstand der EDU Kanton St. Gallen empfiehlt mehrheitlich bei allen Vorlagen ein Ja, allerdings mit Widerwillen, weil wir der Meinung sind, dass am gesamten System einiges verändert werden müsste. Doch das Gesundheitswesen - und damit die Spitäler - gehört zum Service public und muss aufrechterhalten werden. Für

diesen Zweck sind wir mit dabei in einem überparteilichen Komitee für 3 x Ja. Dieses organisiert in drei Regionen drei Informationsveranstaltungen. **Regierungsrat Bruno Damann und der CEO der Spitalregion Rheintal Werdenberg Sarganserland, Dr. med. Jochen Steinbrenner, orientieren über die St.Galler Spitalstrategie sowie die Finanzierung der Spitalverbunde.** Sicher wird es auch die Möglichkeit geben, Fragen zu stellen. Informieren Sie sich genauer an einem der folgenden Veranstaltungsorte:

Montag, 5. Juni 2023, 20.00 Uhr, Rest. Sonne, Rufi (Schänis)

Mittwoch, 7. Juni 2023, 19.00 Uhr, Hotel Uzwil, Uzwil

Montag, 12. Juni 2023, 19.00 Uhr, Sonnensaal Rest. Sonne, Altstätten

Nationale Vorlagen

Bundesbeschluss über eine besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen (OECD-Mindeststeuer-Vorlage) **Nein**

Die EDU Schweiz hat an der DV vom 1. April 2023 Stimmfreigabe beschlossen. Der Vorstand der EDU Kanton St. Gallen sagt einstimmig Nein. Wir sind grundsätzlich dagegen, dass wir uns vorschreiben lassen, wie hoch der Steuersatz für Unternehmungen zu sein hat. Auch widerspricht diese Bevormundung der kantonalen Steuerhoheit. Viele Länder haben zudem noch gar keinen Beschluss gefasst. Damit nicht Geld ins Ausland abfließt, können wir immer noch in Eigenregie beschliessen, den Steuersatz auf 15 Prozent anzuheben. Es bleibt abzuwarten, wie die Entwicklungen in diesem Bereich weitergehen.

Bei der nächsten Vorlage sagten die Delegierten der EDU Schweiz - bei einer Ja-Stimme und einer Enthaltung - Nein und bei der letzten Vorlage einstimmig Nein bei einer Enthaltung.

Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG) **Nein**

Obwohl wir in der Schweiz schon heute zu wenig und zu teuren Strom haben, wird das neue Bundesgesetz Heizöl, Gas, Diesel und Benzin als Energieträger verbieten bei gleichzeitig weiterhin geltendem Verbot neuer Atomkraftwerke. Dies, weil die vorgegebenen Ziele sonst erst recht nicht erreicht werden können. Trotzdem bleibt der Weg zum Ersatz von 60 Prozent des Energiebedarfs mit unter anderem Flatterstrom ungeklärt, ja unrealistisch. Hinzu kommt die ungebremste Zuwanderung, welche den Strombedarf zusätzlich steigert.

Eine ETH-Studie berechnete bei einer Annahme des Gesetzes eine Verdreifachung der Energiekosten auf 9'600 Franken pro Person und Jahr. Vorgesehen sind unter anderem teure Haussanierungen, neue Elektroautos, ein Ausbau der Stromnetze, (auch nicht nur umweltfreundliche und nicht ohne Auslandabhängigkeit zu habende) Fotovoltaik und Windturbinen, wofür die Schweizerische Bankiervereinigung gemäss einer Studie mit zusätzlich mindestens 387 Milliarden Franken rechnet. Wer soll das

bezahlen? Der Bund ist schon heute wegen Corona verschuldet wie noch nie. Selbst wenn dies alles umsetzbar, verkraftbar und damit die Klimaveränderung beeinflussbar wären, würde die Schweiz mit ihrem minimalen Anteil an CO2 Produktion keinen Einfluss auf die Gletscherschmelze und andere negative weltweite Auswirkungen einer erwarteten Erwärmung haben. Dabei hätte diese auch positive Effekte wie weniger heizen im Winter. Auch bei einer Beschränkung auf die (überhebliche) postulierte Vorbildfunktion auf die Welt wird ein Ja uns, der Wirtschaft und unserem Land grossen Schaden zufügen und viele Errungenschaften in Frage stellen.

Viel gescheiter wären verstärkte Forschungen und Massnahmen, welche die Auswirkungen negativer Wetterphänomene möglichst minim halten sowie der sofortige Bau neuer Atomkraftwerke der neusten Generation. Ein Ja zu diesem sehr gefährlichen Gesetz führt in eine Sackgasse, dient dann weder der Umwelt noch uns und ist deshalb unbedingt abzulehnen.

Änderung des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) **Nein**

Es gibt schlicht keinen rationalen Grund mehr für eine erneute Verlängerung des Covid-19-Gesetzes bis 2024. Das Covid-Zertifikat hatte die Gesellschaft gespalten, die fehlende Wirksamkeit der «Corona-Impfung» sowie die nicht zuverlässigen PCR-Tests hatten ein falsches Sicherheitsgefühl vermittelt und sogar zu unbewussten Gefährdungen geführt. Auch das Contact-Tracing machte nie wirklich Sinn, höchstens für einen Versuch, ein Instrument zur Überwachung der Bevölkerung auszutesten. Auch darf gefragt werden, ob es Bundessache ist, Medikamente zu fördern, die gegen Langzeitfolgen wirken. Nach dieser Logik wäre es auch Bundessache, dafür zu sorgen, dass wir keine Versorgungsengpässe haben bei anderen Medikamenten wie Antibiotika.

Unsere nächsten Anlässe:

Mitgliederversammlung der EDU Kreispartei See Gaster

Freitagabend, 9. Juni um 19.00 «im Treffpunkt», Etzelstrasse 5, 8730 Uznach
Um **20 Uhr** spricht **Ralph Studer** von der «Stiftung Zukunft CH» zu «**Schweiz im Umbruch**»

Vortrag und Diskussion mit Professor Dr. Stefan Hockertz

Donnerstagabend, 17. August im Raum Wil. Aktuelles zu den Entwicklungen rund um Covid. Näheres folgt. Zu Beginn stellen sich die Nationalratskandidaten der EDU Kanton St. Gallen vor.

Samstag, 19. August, Führung in Altstätten, einem der schönsten historischen Kleinstädtchen der Schweiz mit anschliessendem Mittagessen, Gemeinschaft, organisiert durch Albert Kölbl. Maximal 25 Personen können teilnehmen. Weitere Informationen folgen.

Freitagabend, 25. August, 20 Uhr im Thurpark in Wattwil, Vortrag mit Giuseppe Gracia (Journalist, Schriftsteller, Kommunikationsberater)
zu christlichen Werten, Meinungsfreiheit, Abendländische Kultur etc.

Zu Beginn stellen sich unsere Nationalratskandidaten vor.

**Freitagabend, 15. September, 20 Uhr, Aula, Schulhaus Galstramm
Galstrammweg 11, 9475 Sevelen, Vortrag mit Giuseppe Gracia** (Journalist,
Schriftsteller, Kommunikationsberater) zu christlichen Werten, Meinungsfreiheit,
Abendländische Kultur etc.

Zu Beginn stellen sich unsere Nationalratskandidaten vor.

Mit herzlichen Grüßen
Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Für weitere Auskünfte/An-oder Abmeldung:
Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen lisa.leisi@edu-schweiz.ch / 071 983 39 49
www.edu-sg.ch, sg@edu-schweiz.ch